

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verfindigungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschußkasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal M. 2 (ohne Postgebühren), bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss der Redaktion: Montag mittag 1 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 % für die dreigeplatzene Peltzeile oder deren Raum berechnet

Um neue Teuerungszulagen für die Bauarbeiter.

Als im vorigen Jahre die Verhandlungen zur Verlängerung der Tarifverträge stattfanden, haben die Vertreter der Bauarbeiter bedeutend höhere Teuerungszulagen gefordert als sie später unter der Mitwirkung des Vertreters der Reichsregierung vereinbart wurden. Sie traten auch lebhaft dafür ein, daß die Beträge nur um ein Jahr verlängert werden sollten; mindestens, so verlangten sie, nicht nach Ablauf eines Jahres, wenn bis dahin der Krieg noch nicht beendet sei, aus neue über die Löhne verhandelt werden. Als Grund für ihre Forderungen führten sie die ständig steigende Teuerung an, die eine Festlegung auf zwei Jahre nicht gestatte. Die Vertreter des Arbeitgeberbundes sträubten sich gegen diese Wünsche mit der größten Beharrlichkeit, und auch beim Vertreter der Reichsregierung, Czjellens Dr. Caspar, fanden die Arbeitervertreter damals für ihre Wünsche nicht das genügende Verständnis. Er schenkte offenbar den Versicherungen der Arbeitgeber, daß die Bauarbeiter mit einer bedeutend geringeren Zulage zufrieden wären, als sie von den Organisationsvertretern gefordert wurde, etwas allzuviel Glauben.

Die im vorigen Jahre vereinbarte Teuerungszulage genügt schon damals nicht im entferntesten, um die durch die Preissteigerung hervorgerufenen Mehrausgaben der Arbeiter zu decken. Wenn die Arbeitgeberverbände den in Berlin getroffenen Vereinbarungen schließlich doch zustimmen, so nur in der stillen Hoffnung, daß der Krieg noch im Jahre 1916 zu Ende gehen werde, und daß man dann Gelegenheit habe, aus neue über die Löhne zu verhandeln. Der Krieg ging nun leider nicht zu Ende; wohl aber stieg, wie das die Arbeitgebervertreter bei den vorjährigen Verhandlungen vorausgesagt hatten, die Teuerung fortgesetzt. Die Bauarbeiter kamen dadurch in eine schwierige, zum Teil in eine geradezu verwegene Lage, was sich darin äußerte, daß vom Beginn dieses Jahres an trotz der bestehenden Lohnvereinbarungen in den verschiedensten Orten aus neue Lohnforderungen gestellt wurden. Sowohl einzelne Unternehmer wie ganze Ortsverbände des Arbeitgeberbundes erklärten die schwierige Lage der Bauarbeiter auch an, erklärten aber in der Regel, als Mitglieder des Bundes Lohnzulagen auf eigene Faust nicht bewilligen zu dürfen. Sie verwiesen die Bauarbeiter an die Vorstände ihrer Verbände, die dafür wirken sollten, daß an zentraler Stelle eine weitere, allgemein gültige Teuerungszulage vereinbart werde. Die Vorstände der drei Arbeiterverbände wendeten sich dann Anfang Februar an den Vertreter der Reichsregierung, Czjellens Dr. Caspar. Sie trugen ihm die Schwierigkeiten der Bauarbeiter mündlich vor und ersuchten ihn, den Vorstand des Arbeitgeberbundes zu veranlassen, einer Erhöhung der im Mai vorigen Jahres beschlossenen Teuerungszulage zuzustimmen. Czjellens Dr. Caspar erklärte die Schwierigkeiten der Arbeiter vollumfänglich an und erklärte sich bereit, die Wünsche der Arbeiterverbände beim Vorstand des Arbeitgeberbundes zu vertreten.

Es fanden dann zwischen Czjellens Dr. Caspar und dem Vorstand des Arbeitgeberbundes Besprechungen statt. Was dabei herausgekommen ist, ist damals im einzelnen nicht bekanntgeworden. Soviel steht aber fest, daß der Vorstand des Arbeitgeberbundes auch diesmal wieder nur äußerst widerstrebend den Wünschen der Arbeiterverbände entgegenkam. Er lehnte jede Teilnahme an Verhandlungen unter Hinweis auf den noch bis Ende März 1918 geltenden Vertrag ab, wenn sich nicht die Reichsregierung vorher entschließen würde, durch Bundesratsverordnung die Entscheidung über die Ausföhrung aller Bauten, die vor einer etwaigen Neubewilligung vergehen sind, mit der Maßgabe aufzugeben, daß die durch eine Erhöhung der Teuerungszulage erwachsenden Kosten den Unternehmern besonders vergütet würden. Wie im vorigen Jahre, so hat der Arbeitgeberbund auch jetzt wieder seinen ganzen Einfluß auf die Bewilligung von Teuerungszulagen durch einzelne Unternehmer oder Ortsverbände

zu verhindern. Er forderte seine Mitglieder durch Mundschreiben auf, den Arbeitern keinerlei weitere Lohnzulagen zu gewähren, und er bombardierte die Vorstände der Arbeiterverbände mit Briefen, in denen er ihnen Vertragsbruch vorwarf und sie aufforderte, den Lohnforderungen ihrer Mitglieder entgegenzuwirken. Er hat auf solche Briefe von unserm Vorstand die richtigen Antworten bekommen. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Wünsche der Arbeiter berechtigt seien und daß es schon längst Pflicht des Arbeitgeberbundes gewesen wäre, aus eigenem Antrieb den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen.

Vergangene Woche hat nun der „Borndorfs“ einen Brief von Czjellens Dr. Caspar an den Vorstand des Arbeitgeberbundes veröffentlicht, der etwas mehr Licht auf die Besprechungen des Reichsamts des Innern mit dem Vorstand des Bundes wirft. Dr. Caspar sagt in dem Brief, er habe sich im Anschluß an die Unterredung, die am 22. Februar mit Vertretern des Bundes im Reichsamt stattgefunden habe, wegen der dabei geäußerten Wünsche

Die Reklamierten

Sind freie Arbeiter. Sie können, ebenso wie jeder andere freie Arbeiter, in der Gewerkschaft Mitglied sein und sich für die Organisation betätigen. Verbandsstößeln! Klärt die Reklamierten darüber auf und sorgt dafür, daß sie dem Verbande gegenüber ihre Pflicht erfüllen! Haltet sie zur Anmeldung beim Verband und zur Zahlung der Beiträge an! Sagt ihnen, daß der Verband während ihrer Dienstzeit nach Möglichkeit auch für sie und ihre Familien eingetreten ist und daß er auch für sie die Löhne erhöht!
In einigen Wochen sollte es auf seiner Vantelle mehr einen unorganisierten oder unangemeldet Reklamierten geben!

alsStaffel mit den beteiligten Reichsämtern und preussischen Ministern in Verbindung gesetzt. Die Verhandlungen seien noch nicht abgeschlossen. Er halte es aber für geboten, „schon jetzt darauf hinzuweisen, daß die Forderungen, von deren Bewilligung der Vorstand bei der erwähnten Unterredung und in der Eingabe vom gleichen Tage seine Bereitwilligkeit zu Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen über Erhöhung der bis zum 31. März 1918 vereinbarten Teuerungszulagen abhängig gemacht hat, schließlich in vollem Umfange werden erfüllt werden können.“ Bei den von Behörden des Reiches und der Bundesstaaten unmittelbar vergebenen Bauten werde voraussichtlich ein weiteres Entgegenkommen gegenüber den Wünschen der Bauunternehmer möglich sein. Die Reichsfinanzverwaltung würde wohl bereit sein, die von ihr im vorigen Jahre aufgestellten Grundsätze über die Vererbung von Beiträgen für die Unternehmer günstiger zu gestalten. Insbesondere würde voraussichtlich ohne weiteres angenommen werden können, daß die Unternehmer nicht voraussetzen könnten, daß sie während der Geltung jenes Abkommens zu einer Erhöhung der Teuerungszulagen veranlaßt werden würden. Außerdem könnten die zur Nachprüfung der Erstattungsanträge berufenen Stellen nachdrücklich zu einer wohlwollenden Sanktionierung jener Grundsätze angehalten werden. Ob die Reichsfinanzverwaltung und die beteiligten preussischen Minister sich dazu verstehen würden, die etwa neu bewilligten Teuerungszulagen bei den vom Reich oder Staat vergebenen Bauarbeiten in allen Fällen und ohne weitere Prüfung der Verhältnisse des Einzelfalles zu übernehmen, vermöge er noch nicht zu übersehen. — So führt Czjellens Dr. Caspar in seinem Briefe fort — bereite die Frage, wie die Erstattung neuer Teuerungszulagen bei solchen Bauten geregelt werden soll, die zwar zu Kriegszwecken

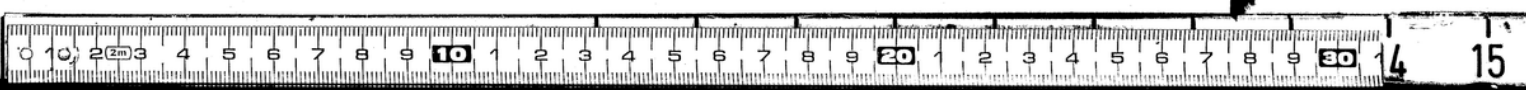
dienen, aber im Auftrage und für Rechnung von Privaten, insbesondere von den Waffen- und Munitionsfabriken ausgeführt werden. Daß auch in diesen Fällen die durch neue Teuerungszulagen entstehenden Kosten schließlich auf das Reich übernommen werden sollten, sei naturgemäß noch weniger zu erwarten, als bei den staatlichen Bauten. Die Bauherren aber würden, soweit sie sich nicht freiwillig zu der Übernahme verstehen, nur durch eine gesetzliche Vorschrift (die jetzt auch durch Bundesratsverordnung ergehen könnte) dazu gezwungen werden können. Daß zu einem solchen Eingriff in privatrechtliche Verhältnisse, wenn er auch nicht ohne Vorgang sein würde, nur aus zwingenden Gründen des Staatswohlfeits geschritten werden könne, werde ohne weiteres einleuchten.

Czjellens Dr. Caspar stellt dem Arbeitgeberbund schließlich anheim, unter Beachtung der in seinem Briefe entwickelten Gesichtspunkte „die gesamte Sachlage einer erneuten Prüfung im Vorstande und nötigenfalls in der Generalversammlung des Arbeitgeberbundes zu unterziehen. Er möchte glauben, daß es den berechtigten Interessen der Unternehmer, die er nicht verkenne, förderlicher sein würde, wenn sie unter Aufgabe des bisher eingenommenen, einer Ablehnung jeder Verhandlung mit den Arbeiterorganisationen gleichkommenden Standpunktes sich bemühen würden, einen Weg finden zu helfen, der es den verantwortlichen Stellen des Reiches und der Bundesstaaten ermöglichte, über die Erstattungsfrage mit ihnen zu einer Verständigung zu gelangen.“

Zum Schluss empfiehlt Czjellens Dr. Caspar dem Arbeitgeberbund, um für die Erstattungsfrage die nötigen Unterlagen zu gewinnen, durch seine Bezirksverbände mit tüchtigster Beschleunigung ermitteln zu lassen: „1. wieviel Bauten nach dem 4. Mai 1916 von Behörden des Reiches oder der Bundesstaaten unmittelbar vergeben sind; 2. wieviel nach dem 4. Mai 1916 vergabene Bauten dieser Art jetzt noch nicht vollendet sind; 3. wieviel nach dem 4. Mai 1916 von Privaten vergabene Bauten zu Zwecken der Kriegsföhrung oder der Volksversorgung dienen; 4. wieviel vor dem 4. Mai 1916 vergabene Bauten der zu 3. bezeichneten Art noch nicht vollendet sind.“ Außerdem sollte für jeden Bau, der zu 1 bis 4 aufgeföhrt wird, angegeben werden, wie lange er seit dem 4. Mai 1916 in Arbeit ist und wie lange er schätzungsweise noch dauern wird, sowie wie viel Arbeiter bei ihm bisher beschäftigt gewesen sind und schätzungsweise noch erforderlich sein werden.

Das war Mitte März. Inzwischen hat am 17. April im Reichsamt des Innern zwischen den Vertretern der Arbeiterverbände, Czjellens Dr. Caspar und Vertretern des Arbeitgeberbundes die erste Verhandlung stattgefunden. Dabei stellte sich heraus, daß der Arbeitgeberbund in diesem Jahre ebensovienig wie im vergangenen zu einem ausreichenden Entgegenkommen bereit ist. Die Vertreter der Arbeiterverbände hatten dem Reichsamt des Innern schon bei vorausgegangenen Besprechungen erklärt, daß die Bauarbeiter zu der im vorigen Jahre gewährten Zulage jetzt eine weitere Zulage von 30 % die Stunde fordern müßten. Das Mindeste, womit sich die Arbeiterverbände im äußersten Falle abfinden könnten, wäre eine allgemeine Zulage von 15 % die Stunde.

Das Reichsamt des Innern hat die Gewährung einer Zulage von 15 % als berechtigt anerkannt und nach diesem Satz die an die Unternehmer zurückzufertigenden Summen berechnet. Czjellens Dr. Caspar teilte mit, daß die Instanzen des Reiches und verschiedener Bundesstaaten bereit seien, für alle Arbeiten, die unmittelbar vom Reich oder den Einzelstaaten ausgeführt werden, die genannte Zulage zurückzufertigen, wenn die angestrebte Vereinbarung vor dem Reichsamt des Innern zustande kommt. Die dafür anzuwendende Summe betrage ungefähr vier Millionen Mark. Nicht zurückzufertigen werden soll die Zulage für solche Bauten, die von kapitalistischen Gesellschaften, Fabriken usw. zur Herstellung des Heresbedarfs ausgeführt werden. Nach Meinung des Reichsamts sei das nicht angänglich. Auch für Privatbauten sollen die



Zulagen nicht zurückzuerhalten werden. Als Gegenforderung wünschen die Behörden, daß nach der Gewährung der neuen Zulage die Arbeiter mit weiteren Lohnforderungen aufhören und daß die Arbeiterverbände dafür die Garantie übernehmen. Czajkowski Dr. Galpar gab aber zu, daß die Arbeiterverbände eine bessere Garantie als bisher auch in Zukunft nicht geben könnten. Die Zulage von 15 % die Stunde, so regte Czajkowski Dr. Galpar an, sollte rückläufig vom 1. April an gekürzt werden, und zwar, wie die Arbeitervertreter wünschten, ohne jede Staffelung.

Die Vertreter des Arbeitgeberbundes verhielten sich bei den Verhandlungen fast ablehnend. Sie lehnen zwar nicht jede weitere Zulage ab, wollen aber viel weniger gewähren, als von den Arbeiterverbänden gefordert wird und was das Reichsamt des Innern für berechtigt hält. Der Bund möchte die Zulagezulage auch wieder staffeln. Herr Popp aus Nürnberg wollte die Vertreter des Reichsamts wieder glauben machen, daß die nordbayerischen Bauarbeiter mit 5 % weiterer Zulage zufrieden wären; mehr hätten sie bis jetzt nicht gefordert. Und Herr Noack aus Dresden gab den gerade nicht mehr neuen Satz zum besten: die Maurer hätten heute Löhne wie die Amtsrichter.

Die Verhandlungen waren also am 17. April ergebnislos. Sie wurden am nächsten Tage fortgesetzt, nachdem der Arbeitgeberbund inzwischen eine erweiterte Bundesvorsitzungs-sitzung abgehalten hatte. Aber auch am zweiten Tage zeigten die Vertreter des Arbeitgeberbundes kein weiteres Entgegenkommen. Sie wollten nach wie vor erheblich weniger gewähren, als die Bauarbeiter unbedingt haben müssen und verlangten obendrein, daß die weitere Zulage gestaffelt werde. Auch verlangten sie die Ausdehnung der Rüstungsabfertigung auf solche Bauten, die von Privatgesellschaften für die Kriegsindustrie hergestellt werden.

Es wurde vereinbart, daß am 26. April weiterverhandelt werden soll, nachdem inzwischen die Generalversammlung des Arbeitgeberbundes getagt hat. (Die Generalversammlung hat am 19. April stattgefunden und die drei Vorstände des Bundes zu weiteren Verhandlungen ernannt.)

Die deutschen Bauarbeiter sehen den Ausgang der weiteren Verhandlungen mit Spannung entgegen. Die volle Erfüllung der beschriebenen Forderungen ihrer Vertreter wird von ihnen erwartet. Reicht es der Bund ab, den Forderungen der Zeit Rechnung zu tragen, so werden die Arbeiterverbände zwar die abgebrochenen Verhandlungen nicht aufheben können, aber sie müssen die Verantwortung für die dann zweifellos einsetzenden wilden Lohnbewegungen ablehnen. Daß die Unternehmer bei diesen wilden Lohnbewegungen nicht besser dastehen werden als bei der Verwilligung der in Anbetracht der Verhältnisse immer noch recht bescheidenen Forderung der Arbeiterverbände, das werden sie dann bald erfahren.

Beginnende Neuorientierung.

Nachdem der Reichstagler wiederholt eine allgemeine Neuorientierung nach dem Reize angekündigt und der Kaiser durch seine Oberbefehlshaber diese Ankündigungen in feierlicher Weise bekräftigt hat, hat nunmehr der Bundesrat durch zwei Beschlüsse am 19. April die Neuorientierung tatsächlich begonnen. Beide Beschlüsse befehlen Ausnahme-gesetze und verwirklichen Forderungen, um die im Parlament lange vergeblich gekämpft worden ist. Der eine Beschluß bekräftigt das Gesetz, betreffend den Orden der Gesellschaft Jesu (Jesuiten-gesetz), der andere bekräftigt den verhassten Sprach-paragraphen aus dem Reichsvereins-gesetz. Mit beiden Beschlüssen hat der Bundesrat Forderungen verwirklicht, die vom Reichstage wiederholt gestellt worden sind. Zu diesen Beschlüssen der Reichsregierung kommt noch der Antrag des Hamburger Senats auf Demokratisierung des Reichsrechts für die Bürgerrecht.

Das Jesuitengesetz hob die Orden der Gesellschaft Jesu auf und unterlagte die Errichtung neuer Orden im Reichsgebiet. Auch gestattete es die Ausweisung der Jesuiten aus dem Reich. Es trat im Jahre 1872 in Kraft, nachdem der Papst den Bringen von Hohenlohe als Ge-jandten des Deutschen Reiches abgelehnt und den deutschen Stiefenfürsten eingekerkert hatte, daß sie in erster Linie den kirchlichen und dann erst den staatlichen Gesetzen unter-läuden. Mit ihm eröffnete Bismarck den Kulturkampf. So oft inzwischen der Reichstag die Aufhebung dieses Aus-nahmegesetzes gefordert hatte, der Bundesrat lehnte die Aufhebung jedesmal ab. Erst unter der Reichsplanzierung des Fürsten Bismarck wurde das Gesetz ein wenig gemildert. Jetzt, nach 45 Jahren, beschließt das Gesetz, gegen das sich insbesondere das Zentrum und die Sozial-demokratie stets mit Entschiedenheit gewendet haben.

Der Sprach-paragraph des Vereinsgesetzes machte es fremdsprachigen Nationalitäten in Deutschland unmöglich, in Versammlungen in ihrer Muttersprache zu reden. Der Paragraph wurde mit dem Reichsvereinsgesetz im Jahre 1905 angenommen. Zentrum und Sozialdemokraten himmelten hauptsächlich wegen des Ausnahmerechts, das dieser Paragraph für Polen, Estländer und Dänen brachte, gegen das Gesetz. Noch im vorigen Jahre, als jene Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes abgeändert wurden, die den Gerichten und Verwaltungsbehörden bis zum Stenete immer zur Politisierung der Gewerkschaften

dienen mußten, lehnte die Regierung die Aufhebung des Sprach-paragraphen ab. Sie wollte die Erledigung dieser Dinge bis zur Neuorientierung der gesamten inneren Politik nach dem Reize verziehen, weil sie glaubte, daß der Beginn der Neuorientierung während des Krieges dem inneren Frieden nicht dienlich wäre und der Kraft des Volkes nach außen Abbruch tun könnte. Von dieser Anschauung ist die Reichsregierung inzwischen augenblicklich abgekommen, und zwar diesen bezuglich der Vorgänge in Rußland und die ganze weltpolitische Lage nicht wenig be-erregt haben. In der Tat kann es heute der Kunde mit dem Reichtum fühlen, daß nicht das Festhalten am Al-tergebrachten die Kraft des deutschen Volkes stärken und sein Ansehen im Ausland heben kann, sondern nur ein rascher und gründlicher Bruch mit den verhassten Zuständen vor dem Reize. Je rascher und gründlicher mit dem alten Unrat, Mist und Moder in unserm Vaterland aufgeräumt wird, desto besser ist es für unser Volk. Wir erwarten deshalb, daß den ersten Taten des Bundesrats und des Hamburger Senats zur Neuorientierung bald weitere wichtige Taten im Reize und in den Einzelstaaten folgen werden.

Streik der Berliner Rüstungsarbeiter.

Am Montag und Dienstag der vergangenen Woche haben in Berlin über 200 000 Rüstungsarbeiter gestreikt. Die Ursache zu diesem Streik ist nach dem „Vorwärts“ hauptsächlich in der bisherigen mangelhaften Regelung der Lebensmittelverteilung in Berlin zu suchen. Doch geht man wohl nicht fehl, wenn man auch die durch die sogenannten „unabhängigen Sozialisten“ seit langem plan-mäßig geschürte allgemeine Unzufriedenheit der Berliner Arbeiterschaft dafür verantwortlich macht. Die Leitung des Streiks nahm der Metallarbeiterverband in die Hand, nachdem festgestellt, daß sich die aus den Reihen herauswachsende Bewegung nicht aufhalten ließ. Die Streikenden wählten eine Kommission, die mit den ver-träglichsten Staatsbehörden eine Aussprache über die Er-nährungsfrage hatte. Dabei wurden der Kommission im-merfort die gleichen Forderungen gegeben, die von den Ernährungsbehörden schon am 12. April der General-kommission der Gewerkschaften Deutschlands gegeben worden waren. Darüber hinaus erklärte sich der preussische Staatskommissar für Volksernährung damit einverstanden, daß die Kommission der Streikenden als Kommission für Ernährungsfragen für Berlin bestanden bleibt. Der Staats-kommissar will sie über die Volksernährung ständig auf dem laufenden halten und sie auch hören, wenn Veränderungen in der Bemessung der Rationierungsmittel für die Be-wöhrung Groß-Berlins notwendig werden. Am Mittwoch wurde die Arbeit in fast allen Betrieben wieder aufgenom-men, nachdem zuvor noch einige andere Angelegen-heiten zur Zufriedenheit der Streikenden erledigt worden waren.

Die Durchsetzung dessen, was durch den Munitions-arbeiterstreik erreicht worden ist, war wohl ursprünglich nicht das eigentliche Ziel derer, die auf den Streik hin-gewirkt haben. Vielmehr ist anzunehmen, daß diese haupt-sächlich politische Ziele verfolgten, und daß es ihnen darauf ankam, ihre durch die beginnende Neuorientierung gefährdete oppositionelle Bewegung zu fördern. Das geht schon daraus hervor, daß sogenannte „unabhängige Sozial-isten“ die Streikenden zur Aufhebung weitgehender politi-scher Forderungen und zur Weiterführung des Streiks zu bewegen suchten, wobei sie allerdings nur bei einem kleinen Teil der Streikenden Erfolg hatten. Gines dieser Ziele ist angeblich die rasche Herbeiführung des Friedens. Aber es sollte eigentlich heute schon einleuchten, daß Massen-streiks in Deutschland zurecht alles andere denn friedens-fördernd wirken. Soudte die deutsche Regierung den Frieden zu verhindern, so hätte die Proklamierung von Massenstreiks zur Erzwingung des Friedens einen Sinn. Aber so stehen doch die Dinge nicht. Vielmehr hat sich die deutsche Regierung wiederholt ernsthaft um die Herbeiführung des Friedens bemüht; ihre Bemühungen sind an dem Starrsinn der feindsichtigen Regierungen, insbesondere der englischen und französischen, gescheitert. Diesen Starr-sinn gilt es zu brechen, wenn man den Frieden wirklich fördern will. Das können aber, soweit es durch Massen-streiks geschehen soll, nur die englischen und französischen Arbeiter tun, und die haben an die Anwendung dieses Mittels bis jetzt nicht im Traum gedacht. Massenstreiks in Deutschland wirken, wie die Dinge heute liegen, nicht friedensfördernd, sondern kriegsbe-dauernd; denn sie schwächen das Deutsche Reich und be-leben die Siegeshoffnung der Gegner erneut.

Aber das ist nicht die einzige Gefahr, die durch solche Streiks entsteht. Heute tobt im Westen die gewaltigste Schlacht der Weltgeschichte. Innerhalb, noch niemals ver-pulverte Mengen von Munition werden von den Gegnern und Verlierer geschleudert. Ist es denn da nicht die Pflicht derer, die den Verteilungen der Heimat durch die Zie-lung ausreißender Verteilungsmittel zur Seite zu stehen? Nach unserer Meinung können und müssen die Soldaten an der Front das verlangen. Zu Tausenden werden sie von den Gefolgern der Gegner niedergemacht, nicht weil unsere Regierung, sondern weil die geg-nerischen Regierungen den Frieden nicht wollen. Wird unter diesen Umständen die Munitionserzeugung durch politische Massenstreiks gehindert, so entsteht die Gefahr der Militarisierung der Rüstungsindustrie. Es ist bekannt, daß es genügend sehr einflußreiche Leute gibt, die dieses Ziel schon lange verfolgen; sie haben bis

jetzt wohl bei der weit überwiegenden Mehrheit des deut-schen Volkes keinen Anklang gefunden, weil für die Mi-litarisierung keine Notwendigkeit vorlag. Das könnte sich sehr leicht ändern, wenn die Lieferung der nötigen Ver-teilungsmittel für unsere Fronten durch Massenstreiks ins Stocken geriete. Was aber die Militarisierung der Rüstungsindustrie für die Rüstungsarbeiter zu bedeuten hätte, brauchen wir hier nicht auseinanderzusetzen. Es ist klar, daß es für die Arbeiter eine ungewisse Verpflich-tung wäre.

Durch Streiks kann aber auch die Bebensmittel-erzeugung nicht gefördert werden. Selbst wenn alle deutschen Arbeiter streikten, würden nicht mehr, sondern im Gegenteil weniger Lebensmittel wachsen. Es ist ja gerade die Arbeit, auf der die Lebensmittelerzeugung beruht. Auch die Neuorientierung kann durch politische Streiks nicht gefördert, sondern nur gefördert werden. Nach alledem kann man dem Berliner Streik nur insoweit einen Sinn beimesse, als sein Zweck war, den Behörden zu zeigen, daß die Arbeiterschaft die Ungerechtigkeiten und Unzulänglichkeiten, die bis jetzt in der Lebensmittel-Verteilung herrschen, gründlich satt hat. Die Gewerkschaften Deutschlands und auch die sozialdemo-kratische Partei hatten den Behörden darüber schon vorher seinen Zweifel gelassen, es war in der letzten Zeit, allerdings zu spät, auch manches gebessert worden. Wenn die Behörden aus dem Streik die Lehre ziehen wollten, daß es zweckmäßig ist, den Wünschen und Anschlüssen der Arbeitervertreter in Zukunft mehr Beachtung zu schenken, dann hätte der Streik neben dem zweifelslos großen Schaden, den er auf andern Gebieten gestiftet hat, immerhin auch etwas Gutes bewirkt. Aber dieses Gute kann die oben angeführten und auch noch andere Gefahren nicht an-wassernd aufwiegen. Wir möchten deshalb sowohl im Inter-esse unserer Landes wie im Interesse der deutschen Ver-kehrsbewegung dringend wünschen, daß etwa noch im Laufe befristete politische Streiks (auch in andern Städten) scheinunglos aufgehoben und neue während des Streiks nicht mehr begonnen werden.

Nach dem „Vorwärts“ vom Montag sind die Teilstreiks in Berlin so gut wie beendet. Auch die Spanbauer Munitionsfabriken sind wieder in vollem Betrieb. Wohin die sin-losen politischen Streiks in der jetzigen Zeit führen können, das zeigt ein Bericht des „Berliner Tageblattes“ über die Zustände in den Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken in Wittenau-Martinitzende. Als dort die Arbeit länger als in den meisten andern Betrieben ruhte, griff die Militä-rbehörde ein. Das „B.Z.“ berichtet darüber:

„Diejenigen Personen, die in den genannten Werken be-schäftigt waren und seit dem 14. April die Arbeit nieder-gelegt haben, hatten binnen 24 Stunden, bis Sonnabend, 21. April, früh 7 Uhr, die Arbeit wieder aufzunehmen, wenn sie nicht unverzüglich den Nachweis der Arbeits-unfähigkeit zu führen vermochten. Mit Wirkung vom 19. April ab ist allen diesen Personen bis auf weiteres verboten, ohne Zustimmung des militärischen Leiters die Arbeitsstelle zu wechseln, von der Arbeit fernzubleiben, die Arbeit niederzulegen, die Arbeit zu verweigern oder absichtlich einzuschränken. Ebenso wird verboten, die Arbeiter in den genannten Betrieben mündlich oder schriftlich oder durch Verteilung von Drucksachen zur Arbeitsverweigerung an-zureizen. Zuwiderhandlungen werden unter Strafe gestellt. Alle wehrpflichtigen Arbeiter, die in den „Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken“ beschäftigt waren und seit dem 14. April die Arbeit niedergelegt haben, gelten, soweit sie nicht bis zum 21. April, morgens 7 Uhr, die Arbeit wieder aufgenommen haben oder nachweisbar arbeitsunfähig sind, von diesem Zeit-punkt ab als zum Hercebreit eingezogen, er-halten Soldatenlohnung und unterliegen den Kriegsgesetzen. Diese Maßnahme hat den Erfolg gehabt, daß von der Arbeiterchaft der „Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken“ am Sonnabend früh drei Viertel wieder zur Arbeit angetreten sind. Unter den Ausbleibenden befinden sich in der Werrastraße Frauen.“

Wenn man bedenkt, daß in der Munitionsindustrie heute Löhne bis zu 12 die Stunde verdient werden, dann be-greift man, was eine etwaige Militarisierung der Rüstungs-industrie für die Arbeiter bedeuten würde. Dabei wäre der Verlust der hohen Löhne noch lange nicht das schlimmste.

Ein Verband der wirtschaftlichen Vereinigungen Kriegsbeschädigter

Es handelt sich um den Zusammenschluß von 80 Vereinen Kriegsbeschädigter, von denen etwa 20 in Mecklenburg-West-polen ihren Sitz haben, während der Rest auf die übrigen Teile des Reiches entfällt. Der Zweck des Verbandes soll sein: „Unter Ausschluß aller politischen und konfessionellen Fragen wissenschaftliche Sicherstellung aller Kriegsbeschädig-ten; tätige Mithilfe des Kriegsbeschädigtenverbandes an der Herbeiführung amtlicher Fürsorge durch die Verrechnungs-leute der Kriegsbeschädigten und unter besonderer Berücksichtigung des Selbstschuttsrechts des einzelnen Kriegsbeschädigten, namentlich in der Berufsberatung; in Verbindung mit allen maßgebenden Stellen und Instanzen den Bestand der gesamten Fürsorge zu einer durchaus praktisch arbeitenden.“

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutsch-lands, der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, der Verband der deutschen Gewerkschaften sowie die An-gehörigen und Technikerverbände hatten in einem gemein-samen Aufruf vor der Weibung von Kriegsbeschädigten:

hauptungen durch andere, gerade bei den Parteien herbeigeholte Beweispunkte und Kombinationen zu stützen. Wie sollen über die Zurücknahme des Ministerialrats „reumütiert“ und die Zurücknahme als einen großen Sieg des Eisenbahnerverbandes gefeiert haben, was uns nicht im Traum eingfallen ist, wie jeder selbst in Nr. 11 des „Grundstein“ nachlesen kann. Ferner sollen Arbeiterführer dafür eingetreten sein, daß an Stelle des Klassenkampfes die Klassenharmonie treten müsse. Weil Regien der Wahrheit gemäß feststellt hat, daß die vielen Kämpfe um die einflussreichen Organisationsfrage Zeit und Kraft in Anspruch genommen haben die besten Zwecke, nämlich dem Ausbau der Organisationen ujm., hätten dienlich gemacht werden können, weil ferner das „Correspondenzblatt“ geschrieben hat, es wolle dazu beitragen, daß der Kampf aus den künftigen inneren Kämpfen verschwinde, deswegen haben sie die Klassenharmonie propagiert und haben die Gemeindefunktionen auf das Streikrecht berichtigt. Man wird zugeben müssen, daß diese Art Kampfesweise gegen eine verhasste Mischung nicht sehr anständig ist. Was würde der Kollege Otto Lehmann sagen, wenn man ihm unterstellen wollte, er habe schon im Jahre 1908 auf das Streikrecht berichtigt und die Klassenharmonie an Stelle des Klassenkampfes propagiert, als er, gemeinsam mit dem Schreiber dieser Zeilen, aus Anlaß der Wahlrechtsdemonstrationen in den Berliner Straßen das Lied gesungen:

Nicht predigen wir Hoß den Reichen,
 nur gleiches Recht für jedermann?

Er würde uns mit Recht für elende Demagogen erklären! Aber er — ichet sich nicht, aus der Erklärung des „Correspondenzblattes“, daß es für Beilegung des Konflikts aus den künftigen inneren Kämpfen — wohlgerichtet: den inneren Kämpfen — witzeln wolle, die sinnlose Behauptung abzuweisen, die Gemeindefunktionen hätten auf das Streikrecht berichtigt und die Klassenharmonie proklamiert. Als ob eine Klassenharmonie überhaupt möglich wäre, solange die kapitalistische Wirtschaft besteht! Und als ob nicht das „Correspondenzblatt“ wie Regien und andere wahlendamentlich bei gerade Gegenteil erklärt hätten, was ihnen Kollege Otto Lehmann in seinem Bündel und fanatischen Gasse gegen die „Häuser“ andichtet. Aber das sind eben die Folgen der schamlosen Debe, die seit Jahren gegen die Gemeindefunktionen und ihre Leiter betrieben wird, daß diejenigen, die in dem Kampf der Beste geraten, die einseitigen Leiden überhaupt nicht mehr oder doch nur noch mit dem Augen ihrer geistigen Nährväter sehen, und daß sie dann ebenso wie diese mit der Wahrheit umspringen. Den Kollegen Otto Lehmann kennen wir als tüchtigen Verhandlungsführer. Aber so schäme ich mich, daß auch er schon so voller Hoß gegen eine ihm unbenhme Mischung ist, daß er die Wahrheit in der demagogischen Sprache nicht mehr unterzeichnen kann.

Am 15. Februar hat Karl Regien, der Vorsitzende der Generalmission, in Bremen über „Die deutschen Arbeiter und der Weltkrieg“ gesprochen. Dabei machte er Ausführungen, die angeht die Behauptungen des Kollegen Lehmann sehr interessant sind. Er berichtigte nämlich auch den Wortwitz, die Klassenbewußtheit verloren, und führte das folgende aus:

„Man wirft uns vor, daß wir den Klassenkampf aufgegeben hätten. Können wir das? Solange entgegengelegte Interessen, solange die kapitalistische Produktionsweise besteht, besteht auch der Klassenkampf. Wir haben kein Recht den Klassenkampf zu verwerfen. Die Maßnahmen der kapitalistischen Parteien und Regierungen, wie das Sozialistengesetz, die Umstrukturierung, die Kleinlichen Schikanen der Vereine, sind anderer Geleite sind nicht, wenn der Gegensatz zwischen Arbeitern und Unternehmern, zwischen der Staatsgewalt und den Arbeiterorganisationen besteht bei uns so stark vorhanden ist, wie während des Krieges. Der Kampf nicht, wenn er auch durch den Krieg Frieden gemildert ist. Der Kampf muß nicht unbedingt in dieser Form, er kann anders geführt werden. Aber das liegt nicht an uns, das liegt bei den bürgerlichen Mehrheitsparteien und der Regierung. Wenn die Regierung die wirtschaftlich schwachen Arbeiter nicht schützen will, sondern den stärkeren Unternehmern, so bleibt nichts anderes übrig als der Kampf wie bisher. Das minderte, was wir verlangen, ist, daß die Staatsgewalt sich neutral verhält. Die kapitalistische Produktionsweise ist auf die Dauer unhaltbar, sie beruht auf der Verzicht einer Minderheit, die die Produktionsmittel besitzt. Gelingt es uns, die Massen der Arbeiter einzuführen zu organisieren, wird der Widerstand der Kapitalisten überwinden. In der sozialistischen Weltanschauung sind Arbeit und Produktion vereinigt, sind die Klassen gegenüber beilegt. Jeder Tüchtige wird an der ihm gebührenden Stelle für die Gesamtheit wirken.“

Regien ging schließlich noch auf die Sprengungsversuche unter letztem Weltkrieg als das größte Verbrechen an der Arbeiterklasse. Nach dem Krieg wurde die Löhne und die Arbeitslosigkeit große Anforderungen an die Gemeindefunktionen stellen. Nur große wirtschaftliche Verbände könnten da den Arbeiterklasse dienen.

Hilfsdienstpflichtige haben beim Aussehen Anspruch auf Lohn.

In diesem Sinne hat am 17. April das Gewerbergericht **Reichenhagen** entschieden. Es lagten 31 Arbeiter der Firma **Schiffische Zuckermaschinen- und Maschinenfabrik A.G.** vorwärts **A. Schubert & Co.** auf insgesamt **128,05** für entgangenen Arbeitslohn. Anfang März dieses Jahres mußten die Arbeiter infolge eines Maschinenfehlers ausfallen, einige Tage später wieder ein Teil aus anderen Gründen. Die Arbeiter erzuhten die Firma um Bezahlung des entgangenen Lohnes. In einem Antrage an den schwarzen Brett antwortete die Firma in ablehnendem Sinne, weshalb die Arbeiter vor dem Gewerbergericht des Metallarbeiterverbandes, hob in der mündlichen Verhandlung besonders hervor, daß das Gesetz über den dater-

lichen Hilfsdienst den Arbeiter an den Betrieb binde, der Arbeiter habe nicht das Recht, nach freiem Ermessen den Arbeitgeber zu wechseln. Daraus folgert, daß auf der anderen Seite der Arbeitgeber die Pflicht hat, die Arbeiter zu beschäftigen. Sei ihm dies aus irgendeinem Grunde nicht möglich, so habe er die Arbeiter für die Zeit des Bezugs zu bezahlen. Es sei dabei belanglos, ob der Arbeitgeber ein Verschulden für die Verzögerung treffe oder nicht. Der Arbeitgeber könne sich der Verpflichtung, zu bezahlen, nur entziehen, wenn er dem Arbeiter bei Beginn des Ausfallens den Hilfslohn ausbezahlt habe, damit diesem Gelegenheit gegeben sei, sich andere Arbeit zu suchen. Das Gericht stellte sich in der Begründung des Urteils auf den gleichen Standpunkt und beurteilte die Beflagte lohnspflichtig.

Zeuerungszulagen im Bezirk Berlin.

Aus unserem Bezirk Berlin sind uns geschrieben: Als infolge der generellen Verhandlungen im vergangenen Jahre für die meisten Lohngebiete nur eine verhältnismäßig geringe Zeuerungszulage vereinbart wurde, stimmte die Mehrheit unserer Mitglieder diesen Abmachungen in der Hoffnung zu, daß der Krieg mit dem Jahre 1916 zu Ende gehen würde und daß dann eine weitere Steigerung der Preise für die Lebenshaltung nicht mehr eintreten würde. Diese Hoffnung hat sich nun leider nicht erfüllt. Die inzwischen eingetretene ständige Steigerung der Preise für Lebensmittel, Kleidung, Gebrauchsgüter usw. hat die Lebenshaltung unserer Berufsstände derartig verschlechtert, daß sie für viele gerade unzureichend geworden ist. Da auch jetzt noch keine Aussicht vorhanden ist, daß in absehbarer Zeit eine Verringerung der Lebenshaltung eintritt, da ferner zu erwarten ist, daß durch die allgemeine Knappheit der Lebensmittel noch eine weitere Steigerung der Preise eintritt, haben sich eine Anzahl sozialistischer Verbände geäußert, im Auftrage ihrer Mitglieder an die Unternehmern ihres Lohngebietes den Antrag zu stellen, eine gemeinsame Sitzung einzuberufen und eine Neuverteilung der Zeuerungszulagen vorzunehmen. In den meisten Fällen wurde diesem Antrag stattgegeben, und es wurden mündliche und schriftliche Vereinbarungen getroffen, die eine bedeutende Verbesserung der Löhne vorsehen, so daß damit einigermaßen den gegenwärtigen Verhältnissen wieder Rechnung getragen werden kann. In nicht ganz wenigen Fällen hat die Abgabe der einzelnen Lohngebiete Anspruch nehmen zu müssen, wollen wir nun fars die Lohngebiete und die Steigerung der Preise und Hilfsarbeiter ausführen. Es ist selbstverständlich, daß die sonst noch in Frage kommenden anderen Berufsgruppen immer die entsprechend gleiche Aufbesserung erhalten.

Lohngebiet	Stundensätze 1915		Stundensätze 1917		Steigerung Prozent
	Maurer	Hilfsarb.	Maurer	Hilfsarb.	
Botsdam	76	58	120	90	44
Blomewes	75	62	120	95	45
Senftenberg	52	43	120	95	68
Spanbau	83	58	115	90	32
Müdenberg	51	42	110	85	59
Eberswalde	65	54	100	89	35
Magdenow	57	49	100	90	43
Sitterberg	53	43	80	67	37
Ludowicke	59	50	90	80	31
Spremberg	54	42	90	78	36
Wodwitz	51	42	87	80	36
Süßen	51	44	80	73	29
Wriezen	49	40	70	61	21

In Groß-Berlin sind die Verhandlungen noch in der Schwebe. Hier werden ja bekanntlich schon seit dem vorigen Jahre bedeutende Löhne gezahlt als jeenerzeit vereinbart wurden. Gegenüber denjenigen, die Löhne für Maurer arbeits **1,10** bis zu **1,170**. In **Prüfenaalde** werden **1,10** und in **Coltbus** von den einheimischen Firmen **75** **3**, von den fremden Firmen an freigelegten Stellen **75** **1,10** gezahlt. Auf den Bauten der Hauptstadt in **Prerag** werden betragsgemäß vom **1. April** an für Maurer **1,125** und für Hilfsarbeiter **1,05** gezahlt. Außerdem werden in einer Anzahl kleinerer Lohngebiete **5** bis **10** **3** über die im Jahre 1916 bewilligte Zeuerungszulage hinaus gezahlt. Die Zeuerungszulagen in **Brandenburg**, **Brandenburg** und **Uckermark** letzten Verhandlungen ab, da für die derzeitige Verhandlungen sind ihrer Ansicht nur die Zentralverbände in Frage kommen könnten. Diese bequeme Ausrede wurde zu einer Zeit angewendet, als die Herren überhaupt nicht wissen mußten, daß der Bundesvorstand durchaus keine Meinung zu zentralen Verhandlungen zeigte. In **Güstrin** dagegen haben beide Parteien schonmal verhandelt. Die letzte Verhandlung verlief dann aber ergebnislos, als ein Schreiben vom Bezirksverband eingetroffen war, das weitere Verhandlungen hinterließ. Unsere Mitglieder haben ja trotzdem einige finanzielle Lohnaufbesserung erhalten und werden sich bei passender Gelegenheit auch noch mehr zu helfen verstehen. Bei dieser Gelegenheit wollen wir den oben angegebenen Löhnen mehrere tausend Maurer und Hilfsarbeiter gebraucht werden. Kollegen, die dort hinfahren wollen, mögen sich unverzüglich an unsere Arbeitsvermittlungsgesellschaft in Berlin, Engel-Platz 15, Zimmer 86, wenden.

Eingegangene Schriften.

„Die Glocke.“ Sozialistische Wochenchrift, herausgegeben von **Barbus**, Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68, hat im April ihren dritten Jahrgang festlich begonnen. Die „Glocke“ hat sich in der kurzen Zeit ihres Bestehens immer mehr zu führenden Blättern in der deutschen Arbeiterbewegung entwickelt. Sowohl in der Theorie und Praxis schreiben für sie. Wissenschaftlichkeit und Vollständigkeit sind in ihr in glücklicher Weise vereinigt. Sie lernen kennen, daß die Arbeiterbewegung keine Partei ist, sondern eine Bewegung. Sie kostet vierteljährlich **1,30**, das Einzelheft **30** **3**.

„Kartentafeln“ und „Geländekunde“ sind die Nummern 12 und 13 der Stuttgart-Verlagerei, die bei der Grundstein-Verlagerei in Stuttgart erscheinen. Sie weisen insbesondere die Wanderer interessieren, die auf das Wandern der Karten und der Geländekunde angewiesen sind. Jedes Heftchen kostet **25** **3**.

Sterbefälle.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Sterbefälle der Parteimitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Liste kostet **15** **3**.)

Berlin. Am 12. April starb das Mitglied **Hermann Lehmann** (Maurer) im Alter von 59 Jahren an Lungenerkrankung. — Am 15. April starb das Mitglied **Fritz Krause** (Maurer) im Alter von 65 Jahren an Magen- und Speiseröhrentumor. — Am 16. April starb das Mitglied **Karl Krüger** (Hilfsarbeiter) im Alter von 67 Jahren an Herzkrankheit. — Am 8. April starb unser Mitglied **Robert Liebig** (Hilfsarbeiter) im Alter von 58 Jahren an Infarkta.

Brandenburg a. d. Sp. Am 16. April starb unser Mitglied **Otto Juchert** (Hilfsarbeiter) in **Gollwitz** im Alter von 34 Jahren an Bronchitis. **Bromberg.** (Gulm a. d. B.) Am 17. April starb unser Mitglied **Friedrich Gasentzer** (Maurer) im Alter von 58 Jahren an Lebererkrankung. **Cheunitz.** Am 14. April starb unser Mitglied **Ernst Louis Hackel** (Maurer) im Alter von 52 Jahren an Schlaganfall. — Am 15. April starb das Mitglied **Wenzel Lehnerl** (Maurer) im Alter von 44 Jahren an Herzschlag und Lungenerkrankung. **Güstrin.** Am 5. April starb im Alter von 67 Jahren unser langjähriges Mitglied **Heinrich Press** (Maurer) aus **Kleinow** infolge eines Unfallschicksals. **Dechen.** Am 10. April starb unser Mitglied **Karl Schiefer** (Maurer) aus **Radaburg** im Alter von 58 Jahren an Lungenerkrankung. — Am 14. April starb unser Mitglied **Friedr. August Grossmann** (Maurer) aus **Kleinow** infolge eines Unfallschicksals. Im gleichen Tage starb unser Mitglied **Loth Mathé** (Maurer) aus **Burgstädtel** im Alter von 68 Jahren an Lungenerkrankung. — Am 15. April starb unser Mitglied **Karl Pöschel** (Hilfsarbeiter) im Alter von 46 Jahren an Gefäßkrankheit. — Am 16. April starb unser Mitglied **Gustav Behnisch** (Maurer) aus **Rahnsdorf** im Alter von 39 Jahren infolge geistiger Störungen und **August Pratsch** (Hilfsarbeiter) aus **Golta** im Alter von 65 Jahren an Herzschlag. — Am 17. April starb unser Mitglied **Johann Hüppi** (Hilfsarbeiter) aus **Dechen** im Alter von 58 Jahren an Lungenerkrankung.

Hamburg. Am 17. April starb unser Mitglied **Hirr. Orth** (Blattensänger) im Alter von 47 Jahren an Herzkrankheit.

Sachsen. Am 12. April starb unser langjähriges Mitglied **August Krause** (Maurer) im Alter von 57 Jahren an Magenverengung.

Siedl. Am 19. April starb unser langjähriges Mitglied **Ernst Rakete** (Maurer) im Alter von 74 Jahren an Herzschwäche.

Siegburg. Am 13. April starb unser Kollege **Ernst Mathes** (Maurer) im Alter von 65 Jahren an Herzschlag. — Am 14. April starb unser Kollege **Albert Henze** (Maurer) im Alter von 60 Jahren an Gehirnanfall.

München. (Göbhausen.) Am 12. April starb der Kollege **Josef Enser** (Maurer) im Alter von 63 Jahren an Darmleiden. (D. H.) Am 13. April starb unser Kollege **Josef Müller** (Maurer) im Alter von 48 Jahren an Herzschlag. (Wegenhausen.) Am 14. April starb unser Kollege **Georg Limmer** (Hilfsarbeiter) im Alter von 36 Jahren an Lungenerkrankung. — (Welfenb. Savaria.) Am 15. April starb unser Kollege **Josef Bernann** (Hilfsarbeiter) im Alter von 54 Jahren an Drüsenkrankheit.

Polen. Am 9. April starb unser Mitglied **Karl Schmoldt** (Maurer) im Alter von 55 Jahren an Rippenfellentzündung.

Sachsen. Am 17. April starb unser treues Mitglied **Friedrich Jannrich** (Maurer) im Alter von 59 Jahren an Lungenerkrankung.

Wiesbaden. (Epfold.) Am 8. April starb unser Mitglied **August Kunz** (Hilfsarbeiter) im Alter von 58 Jahren an Lungenerkrankung.

Gere ihrem Andenken!

Berichtungen.

Berlin 1. (Krankentafel.) Mittwoch, den 9. Mai, abends 8 Uhr, Sadoweier Straße 13, öffentl. Tagesordnung: Klassen- und Revisionenbericht vom ersten Quartal. Klassenangelegenheiten und Verchiedenes.

Berlin 2. (Krankentafel.) Sonntag, den 6. Mai, vormittags 10 Uhr, Dyckerhoff Straße 8, bei Schmid. Tagesordnung: Abrechnung vom ersten Quartal. Erziehungsvorstand des Vorstandes.

Berlin 3. (Krankentafel.) Mittwoch, den 2. Mai, abends 8 Uhr, bei Kempff, Riffstr. 85. Tagesordnung: Abrechnung vom ersten Quartal. Klassenangelegenheiten. Verchiedenes.

Berlin 4. (Krankentafel.) Sonntag, den 29. April, vormittags 10 Uhr, bei Wilmers, Riffstr. 58. Tagesordnung: Bericht vom ersten Quartal. Klassenangelegenheiten. Verchiedenes.

